

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Wissenschaftskommunikation stärken – Strukturen sichern, neue Möglichkeiten schaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Wissensgesellschaft der Zukunft braucht eine umfassende und hochwertige Wissenschaftskommunikation. Gute Wissenschaftskommunikation muss alle Aspekte der Kommunikation wissenschaftlicher Arbeit und wissenschaftlicher Erkenntnisse umfassen. Dazu gehört der Austausch innerhalb der Wissenschaftsgemeinde selbst genauso wie die externe Verständigung, d. h. die Verständigung zwischen der Wissenschaft und den verschiedenen öffentlichen Institutionen sowie die unmittelbare oder über Medien vermittelte Kommunikation mit der Gesellschaft. Die wachsende Bedeutung der Wissenschaftskommunikation ist auf dynamische Entwicklungen in den Systemen Gesellschaft, Ökonomie, Medien und Politik genauso zurückzuführen wie auf nachhaltige Veränderungen in der Produktion, Rezeption und Funktionalisierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen im Wissenschaftssystem selbst.

Zu verzeichnen sind ein exponentielles Wachstum wissenschaftlicher Erkenntnisse und veröffentlichter Ergebnisse sowie eine zunehmende Komplexität, eine zunehmende Geschwindigkeit und ein steigender Aufwand an personellen und technischen Ressourcen im wissenschaftlichen Prozess. Entsprechend groß sind die Anforderungen und Erwartungen an die Qualitätssicherung der wissenschaftlichen Arbeit und an den Beitrag der Wissenschaftskommunikation mit Blick auf die Verbreitung und Aufbereitung dieser Erkenntnisse und ihre kritische Reflexion. Auch die grenzenlose Internationalisierung und die damit einhergehende Verdichtung im medialen Austausch stellen zusätzliche Anforderungen an die Wissenschaftskommunikation.

Mehr denn je bestimmen wissenschaftliche Erkenntnisse den Rahmen und den Verlauf von Diskussionen um Fragen der menschlichen Zukunft. Entscheidungen werden zunehmend von Erwartungen an den Verlauf und die Ergebnisse von wissenschaftlich geprägten Prozessen abhängig gemacht. Gerade auch politische Entscheidungen – von der Wahlentscheidung über den parlamentarischen Prozess bis hin zur exekutiven Umsetzung – beziehen zunehmend wissenschaftliche Erkenntnisse mit ein und legen diese dem konkreten Handeln zugrunde. Auch zivilgesellschaftliche Akteure beziehen sich in ihrem Engagement immer stärker auf wissenschaftliche Erkenntnisse, setzen sich mit der Wissenschaft auseinander und verschaffen der Wissenschaft hiermit eine zusätzliche Legitimation.

Wenn der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gestärkt werden soll, ist es wichtig, die ganze Spannweite der Akteure der Wissenschaftskommunikation zu

berücksichtigen. Denn die Zahl der Akteure in der internen wie externen Wissenschaftskommunikation ist groß, ihre Zusammensetzung vielfältig und ihr Zusammenwirken komplex. Dabei sind verschiedenste gesellschaftliche Gruppen anzusprechen, zu interessieren und zu beteiligen: Die Bevölkerung mit ihren vielfältigen Beziehungen und Einstellungen zur Wissenschaft, das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld von Wissenschaft in ihren lokalen und regionalen Bezügen sowie die wirtschaftlichen Verbände und Gewerkschaften, die zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch die Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften.

Weil das klassische Schema von Empfänger und Sender in den komplex strukturierten Prozessen der Wissenschaftskommunikation nicht trägt, kommt den allein oder in Teams und Gruppen wissenschaftlich Tätigen, ihren Fachschaften und Organisationen, den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Akademien eine entscheidende Rolle bei der Wissenschaftskommunikation zu. Die Form der Kommunikation kann dabei variieren – von der autonomen Kommunikation in wissenschaftlichen Strukturen durch die Akteure selbst bis zur Kommunikation mithilfe von Multiplikatoren wie Experten, Journalisten und Influencern. Die klassischen Aufgaben des Wissenschaftsjournalismus im Sinne von Information und Vermittlung nach den Kriterien Qualität, Innovation und Relevanz und der kritischen Bewertung und Einordnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen sind dabei nicht mehr an spezielle Medienträger gebunden. Das gestiegene Interesse an Wissenschaft und der hohe Bedarf an Information und Kommunikation zu wissenschaftlichen Erkenntnissen spiegeln sich auch in offenen Online-Communities wie z. B. der Online-Enzyklopädie Wikipedia und ihren Schwesterprojekten wider.

Die Vermehrung und Vernetzung der Informationskanäle und Kommunikationsformen führt zu einer bisher nicht gekannten Verdichtung und Beschleunigung der Wissenschaftskommunikation. Dieser Wandel stellt höchste Anforderungen an eine professionelle Kommunikation, die Öffentlichkeitsarbeit und auch das Marketing der Institutionen und Akteure im wissenschaftlichen Wettbewerb. Die Notwendigkeit einer weiteren Professionalisierung der Akteure in der Wissenschaftskommunikation und des gesamten Kommunikationsmanagements steht dabei in einem kritischen Kontrast zur aktuellen Situation des Wissenschaftsjournalismus, der sich durch die rasanten Veränderungen in der Medienlandschaft in einer besonders schwierigen Lage befindet. Durch schwierige wirtschaftliche Bedingungen für Medienunternehmen und Journalistinnen und Journalisten wächst die Gefahr, dass Inhalte nicht mehr nur anhand journalistischer Kriterien ausgewählt und gestaltet werden.

Die Selbstvermarktung macht dabei auch vor den Wissenschaftsinstitutionen im ständigen Wettstreit um Ressourcen und Reputation nicht halt. Eine immer wichtiger werdende Herausforderung der Wissenschaftskommunikation ist es zudem, sich überzeugend mit prinzipieller Wissenschaftsfeindlichkeit, gezielten Fake News sowie allen Formen des Missbrauchs von Wissenschaft auseinanderzusetzen.

Grundsätzlich hat Wissenschaftskommunikation die große Aufgabe, einer breiten Öffentlichkeit die Ergebnisse von Wissenschaft, mögliche praktische Anwendungen, wissenschaftliche Fragestellungen sowie wissenschaftliche Methoden zu vermitteln. Gute Wissenschaftskommunikation soll Aufklärung leisten und Teilhabe ermöglichen. Die Wissenschaft muss darin unterstützt werden, sich einer möglichen Spaltung der Bevölkerung in einen kleineren Kreis von wissenschaftsaffinen Menschen und einer größeren Zahl von wissenschaftsfernen oder gar wissenschaftsfeindlichen Menschen entgegenzustellen. Hierzu müssen auch die Verbindungen der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zu den Bildungseinrichtungen in der ganzen Bildungsbiografie von der frühkindlichen Bildung über die Schulen und die Berufsbildung bis zur Erwachsenenbildung ausgebaut und aktiv genutzt werden.

Die Bewegung der Bürgerwissenschaft (Citizen-Science) erhöht die Partizipation der Bevölkerung an wissenschaftlichen Prozessen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag bei der Aktivierung des Potenzials zur Datenerhebung und -aufbereitung in relevanten

bürgernahen Forschungsfeldern wie bei der kritisch-konstruktiven Beteiligung bei Konzeption und Design von Forschungsstudien. Partizipative Formen der Forschung und Wissenschaft können wachsendes Verständnis für Notwendigkeiten im Forschungsprozess, die wissenschaftliche Einordnung von Reichweite und Unsicherheit von Forschungsergebnissen sowie letztlich auch eine Steigerung der Akzeptanz von neuen Erkenntnissen fördern. Durch Nutzung von Wissen und Kapazitäten, die in der Bevölkerung vorhanden sind, kann die Wissenschaft gestärkt werden – auch dank neuen Sichtweisen, umfassenden Informationen und innovativen Erkenntnissen. So können neue Partnerschaften zwischen etablierten Institutionen und der forschenden Zivilgesellschaft entstehen.

Bei aller Bedeutung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist die Wissenschaftskommunikation wie die Wissenschaft selbst von staatlicher Seite und von der Politik stets sensibel zu behandeln und sollte in ihren Grundprinzipien auf ein hohes Maß an Unabhängigkeit ausgerichtet sein. Das gilt sowohl für die Aufgaben der Wissenschaftskommunikation als auch für die Weiterentwicklung ihrer Strukturen. Die Wissenschaft, der Journalismus und die Kommunikation insgesamt sind mit besonderen Freiheiten ausgestattet, die es auch im Bereich der Wissenschaftskommunikation zu schützen gilt. Das Grundgesetz führt aus guten Gründen die Prinzipien der Pressefreiheit und der Freiheit von Wissenschaft und Forschung in seinem Artikel 5 zusammen.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt:

Die Hochschulen, die wissenschaftlichen Akademien, die Wissenschaftsorganisationen und ihre Institute sind seit Längerem dabei, ihre Aktivitäten im Bereich der Wissenschaftskommunikation zu verstärken und entsprechende Strukturen aufzubauen.

Die Verstetigung der Mittel im „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ ist dabei eine wichtige Unterstützung der Länder durch den Bund bei der Schaffung von Gestaltungsspielräumen in der Kernaufgabe Lehre. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation, der den Wissenschaftsorganisationen für die nächsten zehn Jahre beträchtliche Mittelzuwächse garantiert, leisten der Bund und die Länder einen bemerkenswerten Beitrag, der für die Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland neue Gestaltungsmöglichkeiten auch im Bereich der Wissenschaftskommunikation eröffnet.

Die Bundesregierung hat mit der Hightech-Strategie 2025 einen Rahmen geschaffen, um innovative Formen der Zusammenarbeit zu fördern und mehr Menschen bei der Entstehung von Innovationen einzubeziehen. Dabei werden breite Bevölkerungsgruppen an einem Dialog zur Zukunft von Forschung und Innovation beteiligt. Insgesamt konnten sich in Deutschland vielfältige Informations- und Dialogformate etablieren, beispielsweise der „InnoTruck“, die Kinder-Universitäten, die „Schaufenster Wissenschaft“-Ausstellungen oder die Reihe „Leibniz im Bundestag“.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat die Wissenschaftskommunikation in den letzten beiden Jahrzehnten zudem direkt und mit steigenden finanziellen Mitteln gefördert. Dabei ist bei den verschiedenen geförderten Aktionen, Initiativen und Leuchtturmprojekten eine große Bandbreite an Ideen und Konzepten zu beobachten. Beispielhaft sollen hier chronologisch fünf erfolgreiche Projekte der Wissenschaftskommunikation der letzten Jahre genannt werden:

1. Die Wissenschaftsjahre (seit 2000)

Die Wissenschaftsjahre werden seit dem Jahr 2000 durchgeführt und weisen einen spezifischen thematischen Schwerpunkt auf. Ihr Ziel ist es, die Öffentlichkeit stärker für die Wissenschaft zu interessieren und Entwicklungen in der Forschung für Bürgerinnen und Bürger transparenter und zugänglicher zu machen. Junge Menschen sollen für Forschungsthemen begeistert werden. Die Wissenschaftsjahre verstehen sich als Treiber für eine Weiterentwicklung der Wissenschafts-

kommunikation. So werden insbesondere solche Projekte gefördert, die die Wissenschaftskommunikation auch in ihrer Methodenvielfalt voranbringen.

2. Die Initiative „Wissenschaft im Dialog“ (WiD) (seit 2000)

Wissenschaft im Dialog (WiD) engagiert sich für die Diskussion und den Austausch über Forschung in Deutschland. Veranstaltungen, Ausstellungen und Wettbewerbe sowie die Entwicklung neuer Formate der Wissenschaftskommunikation sind das Ziel. Gegründet wurde Wissenschaft im Dialog im Jahr 1999 auf Initiative des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft e. V. Viele WiD-Projekte werden vom BMBF unterstützt. Als gemeinsame Initiative der großen Forschungsorganisationen leistet WiD einen wesentlichen Beitrag zur Wissenschaftskommunikation und zu Aktivitäten auf dem Gebiet der Partizipation, insbesondere auch im Rahmen der Wissenschaftsjahre.

3. Die Stiftung Haus der kleinen Forscher (seit 2006)

Die gemeinnützige Stiftung Haus der kleinen Forscher engagiert sich seit 2006 für eine bessere Bildung von Kindern im Kita- und Grundschulalter in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Technik. Sie trägt im Kontext von MINT-Initiativen (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) und Digitalisierung dazu bei, Neugierde und Motivation zusammen mit Basiswissen aufzubauen und ein elementares Verständnis für wissenschaftliches Vorgehen zu entwickeln.

4. Die Förderung der Bürgerwissenschaft (Citizen-Science) (seit 2016 und früher)

Projekte der Bürgerwissenschaft haben durch die Zusammenarbeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürgerbewegungen schon Tradition in Deutschland. Seit 2016 gibt es auch ein Programm des BMBF zur Förderung von bildungswissenschaftlichen Vorhaben.

In diese Kategorie gehört auch die Online-Plattform „Bürger schaffen Wissen“ (seit 2014), bei der es sich um ein Gemeinschaftsprojekt von Wissenschaft im Dialog und dem Museum für Naturkunde Berlin – dem Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung handelt. Gefördert wird sie von der Bundesregierung und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V. „Bürger schaffen Wissen“ ist die zentrale Plattform für Citizen-Science in Deutschland. Sie gibt einen Überblick über Citizen-Science-Projekte, veranschaulicht so die Möglichkeiten der Bürgerwissenschaften und macht diese in der Öffentlichkeit bekannter.

5. Das „Futurium“ (seit 2019)

Das „Futurium“ als Haus der Zukunft soll die Stärken des Forschungsstandorts Deutschland einer breiten Öffentlichkeit präsentieren. Das BMBF trägt das Haus der Zukunft gemeinsam mit den Wissenschaftsorganisationen und Partnern aus der Wirtschaft. Als Ort der Partizipation will das im Jahr 2019 eingeweihte Haus dialogorientierte und partizipative Formate der Auseinandersetzung mit der Wissenschaft entwickeln und einsetzen, um unterschiedliche Gruppen von Akteuren anzusprechen und gemeinsam Lösungen für zukünftige Herausforderungen zu finden. Parallel hierzu werden die Forschungsmuseen weiter modernisiert; sie bauen insbesondere ihre Angebote im Bereich der Wissenschaftskommunikation weiter aus.

Mit dem am 14. November 2019 vorgestellten Grundsatzpapier hat das BMBF die besondere Rolle der Wissenschaftskommunikation im deutschen Wissenschaftssystem hervorgehoben und damit den strategischen Dialog über die Weiterentwicklung ange-regt.

- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. Institutionen wie die Stiftung Haus der kleinen Forscher weiter abzusichern, um Kinder und Jugendliche an natur- und technikwissenschaftliche Fragestellungen heranzuführen und erste Grundlagen für den Austausch über Wissenschaft zu legen. Die Institutionen sollen darin bestärkt werden, ihre Angebote und Konzepte weiterhin über die Kindertagesstätten hinaus bis in das Grundschul- und Jugendalter zu entwickeln. Die Angebote sollen das Interesse an den MINT-Fächern steigern, indem sie Wissen und Reflexion über größere Zusammenhänge als Grundlage für kritisches Denken und das Problemlösen fördern;
 2. zusammen mit den Wissenschaftsstiftungen und den Mitgliedern der Allianz der Wissenschaftsorganisationen die Errichtung eines Netzwerks von Senior-Scientists für die Vermittlung von Wissenschaft und die Begleitung von Junior-Aktivitäten zu prüfen;
 3. Wissenschaftskommunikation als Basis der reflektierten Auseinandersetzung mit Ergebnissen der Wissenschaft in der Erwachsenenbildung und Weiterbildung verstärkt zu fördern. Hierzu sind im Zusammenwirken mit den Ländern, Hochschulen, Akademien und Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Weiterbildung Projekte der lokalen und regionalen Forschung zu unterstützen;
 4. das Programm zur Förderung von Citizen-Science so weiterzuentwickeln, dass Bürgerwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler auch beim Festlegen von Themen und Agenden und der konzeptuellen Weiterentwicklung kontinuierlich beteiligt werden. Die vorhandenen Plattformen wie www.forschungswende.de und www.buergerschaffenwissen.de sind dabei stärker zu berücksichtigen und weiter zu unterstützen;
 5. den Wissenschaftsrat bei seiner Bestandsaufnahme zur Situation der Wissenschaftskommunikation in Deutschland und bei der Ausarbeitung von konkreten Empfehlungen zur Stärkung und Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation an den Hochschulen und in den Forschungseinrichtungen zu unterstützen;
 6. mit den Mitgliedern der Allianz der Wissenschaftsorganisationen Gespräche darüber aufzunehmen, wie Leitsätze und Konzepte für gute Wissenschaftskommunikation im engen Zusammenwirken mit den Medieninstitutionen, journalistischen Instanzen sowie der Wissenschaft selbst entwickelt werden können;
 7. die Akteure des Wissenschaftssystems bei ihren Anstrengungen zu begleiten, durch gute Wissenschaftskommunikation die positive Sichtbarkeit von Frauen in der Wissenschaft und Forschung zu erhöhen und damit zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern auch in der Wissenschaft und Forschung beizutragen;
 8. Forschungsförderungsprogramme – wo möglich und sinnvoll – mit der Beteiligung an aktiver Wissenschaftskommunikation auszuschreiben. Die Mitglieder der Allianz der Wissenschaftsorganisationen sollen aufgefordert werden, den Ausbau und die systematische Förderung der Wissenschaftskommunikation als ein Strukturmerkmal ihrer Arbeit zu verstehen und für die Förderpraxis belegbare Indikatoren für gute Wissenschaftskommunikation zu entwickeln. Die Ergebnisse sind zu evaluieren;
 9. zu prüfen, inwieweit in den Programmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses theoretische wie praktische Kenntnisse über Wissenschaftskommunikation zum festen Bestandteil der Qualifizierung und zum karrierefördernden Faktor gemacht werden können. Maßnahmen, wie es sie im Bereich der Graduiertenförderung gibt, sollen durch eine Förderrichtlinie ergänzt werden, die sich dezidiert mit der Wissenschaftskommunikation befasst;

10. ausgewählte Forschungsvorhaben im Bereich der Wissenschaftskommunikation zu fördern. Mögliche erste Schwerpunkte könnten dabei die Entwicklung zukunftsfähiger Konzepte von guter Wissenschaftskommunikation sowie die Auseinandersetzung mit einer zunehmenden Fakten- und Wissenschaftsfeindlichkeit in Teilen der Gesellschaft darstellen;
11. den strategischen Dialog über die Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation (#FactoryWisskomm) auch zur Stärkung des Wissenschaftsjournalismus zu nutzen und Konzepte zu entwickeln, um strukturbildende und innovative Projekte im Wissenschaftsjournalismus zu fördern. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob es einen Bedarf für eine „Agentur für Wissenschaftskommunikation“ gibt und welche Ausgestaltungsformen grundsätzlich und unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten in Betracht kommen;
12. im Zusammenwirken mit den Akademien der Wissenschaften ein strukturbildendes Konzept zu entwickeln, wie diese noch stärker zur nachhaltigen Qualität der Wissenschaftskommunikation beitragen, die Entwicklung von neuen Formen des Wissenstransfers fördern und den Stand der Umsetzung von guter Wissenschaftskommunikation wissenschaftlich reflektieren können;
13. die Synergien zwischen den einzelnen Initiativen im Bereich der Wissenschaftskommunikation zu stärken und eine engere Vernetzung sowie eine bessere Koordinierung der Aktivitäten der Wissenschaftskommunikation in Deutschland und in der Europäischen Union zu ermöglichen.

Berlin, den 17. Dezember 2019

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion

Dr. Rolf Mützenich und Fraktion

